

Kammer setzt auf Demokratie

- Vereinbarkeit von Standesarbeit und politischem Engagement bleibt in der Zahnärztekammer zulässig
- Kammervorstand Dr. Roland Kaden konzentriert sich auf sein Engagement für die Zahnärzteschaft

Kiel, 26.11.2019

Dr. Roland Kaden, Vorstandsmitglied der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein, hat den Delegierten der Kammerversammlung am Samstag, 23. November 2019 mitgeteilt, dass er sein Amt als zweiter stellvertretender Landesvorsitzender der AfD zur Verfügung stellen wird. „Ich will mich zukünftig auf mein Engagement für die Zahnärzteschaft konzentrieren“, so Dr. Kaden.

In der Kammerversammlung zeigte sich, dass ein hohes politisches Amt für kontroverse Diskussionen sorgt. Doch die Delegierten haben sich parteipolitisches Engagement – wie in einem Antrag gefordert – nicht verbieten lassen. Das wäre im Übrigen, auch das wurde auf der Versammlung deutlich, voraussichtlich nicht mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen. Auch in Zukunft ist das Engagement in zahnärztlichen Organisationen, Vereinen, Verbänden, anderen zahnärztlichen Körperschaften und auch in politischen Parteien mit der Interessenvertretung der Kammer vereinbar.

Die Delegierten hatten in einer offenen Diskussion bewiesen, dass sie sehr gut differenzieren können. Die Sacharbeit des Vorstandsmitglieds wurde einhellig gelobt. Nur mit seinem hohen politischen Amt hatte eine Anzahl der Delegierten Probleme. Sie fürchteten, dass sich dieses negativ auf die Kammer auswirken könnte. „Die Kammer ist und bleibt ein neutraler und verlässlicher Ansprechpartner im gesellschaftspolitischen Diskurs. Unseren Gemeinwohlaufrag nehmen wir sehr ernst“, so der Präsident der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein, Dr. Michael Brandt.

Am Montag teilte Dr. Roland Kaden der Zahnärztekammer mit, dass er offiziell vom Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden der AfD zurückgetreten ist.

„Diesen Schritt begrüße ich“, sagte der Kammerpräsident, „und ich bin erleichtert, weil die Kollegenschaft sich nun wieder voll und ganz auf die Sacharbeit konzentrieren kann. Parteipolitisches Engagement hat bei uns immer einen Platz, wenn es um Gesundheitspolitik geht – parteipolitische Lagerbildung dagegen nicht.“